

Bürgerinitiative Niedernhausen/Eppstein, Idsteiner Straße 92, 65527 Niedernhausen

Niedernhausen/Eppstein, den 23.09.2017

Bundesgeschäftsstelle Berlin Deutsche Umwelthilfe e.V.
Hackescher Markt 4
10178 Berlin

Stromnetzausbau - Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes Ultranet

Sehr geehrter Herr Müller-Kränner

Das Ultranet-Projekt ist die einzige der neu geplanten, quer durch Deutschland verlaufenden Mega-Stromtrassen, die komplett oberirdisch geführt werden soll. Grundlage ist das Bundesbedarfsplangesetz, dass für diese Trasse – und nur für diese Trasse – keinen „Schutz“abstand vorsieht. Für die Stromübertragung der Ultranet-Trasse ist die sogenannte Hybridtechnik eingesetzt werden, d.h. Wechselstrom und Gleichstrom werden in einem Mast übertragen. Über die gesundheitlichen Auswirkungen von Hochspannung-Drehstromübertragung (HDÜ) ist relativ wenig bekannt, von Gleichstromübertragung (HGÜ) noch weniger. Da die Hybridtechnik weltweit das erste Mal zur Anwendung kommt, können Auswirkungen erst während des Betriebs ermittelt werden.

Im Untertaunus werden die neuen Leitungen in vielen Ortsteilen in weniger als 50m an der Wohnbebauung vorbeigeführt. Die Bewohner dieser Wohnanlagen haben sich in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, da sie bei konstanter Kombi-Bestrahlung aus HDÜ und HGÜ Auswirkung auf ihre Gesundheit befürchten. Die Anlieger sehen sich als „Versuchskaninchen“ bei diesem auch von der Bundesnetzagentur so bezeichneten Pilotprojekt.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) sagt hierzu auf seiner Web-Side: „Es gibt wissenschaftliche Hinweise auf mögliche gesundheitliche Wirkungen unterhalb der bestehenden Grenzwerte und weitere offene Fragen, die einen geplanten Forschungsprogramm geklärt werden müssen“. Hierzu hat das BfS im Juli d.J. bei einer Auftaktveranstaltung ein Programm mit ca. 30 beabsichtigten Untersuchungen vorgestellt. Die Ergebnisse werden – falls überhaupt - erst in drei bis fünf Jahren erwartet zu einer Zeit, wo der Bau des Ultranet-Projektes bereits abgeschlossen ist und der Netzbetrieb „über unseren Köpfen“ bzw. in unmittelbarer Nähe läuft.

Es sind Stellungnahmen des BfS wie die folgenden, die aufhorchen lassen:

- In der Einladung des BfS zur Auftaktveranstaltung dieses Untersuchungsprogramms heißt es: „Das geplante Forschungsprogramm soll den Stromnetzausbau aus der Perspektive des BfS aktiv begleiten und durch die Verminderung von Unsicherheiten einen wesentlichen Beitrag zur Risikokommunikation vor Ort liefern“.
- Es gebe wissenschaftliche Fragen und Verdachtsmomente, die zu Sorgen in der Bevölkerung führten, so die jetzige Präsidentin des BfS, Paulini. Gleichzeitig betont sie, „Das Forschungsprogramm behindere den Ausbau des Stromnetzes in keiner Weise.“ - „Falls da etwas Bedenkliches herauskommt, werden wir das natürlich in die Prozesse einspeisen.“

Klingt dies nicht nach einer Alibiveranstaltung mit verspäteten Bemühungen, die derzeit fehlenden Untersuchungsergebnisse in der gewünschten Form endlich zu erhalten? Anstelle von „Verminderung von Verunsicherung“ hätten wir uns gerne eine von unabhängigen Instituten bestätigte Unbedenklichkeit gewünscht und zwar vor Beginn des Trassenbaus. Verschiedene Landespolitiker, so die rheinlandpfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken in einer Presseerklärung, fordern die Ergebnisse dieses neuen Forschungsprogrammes des BfS abzuwarten, bevor über die Genehmigung für Ultranet entschieden werde.

So wie in Großstädten um saubere Luft für das Schutzgut Mensch gekämpft wird, sollte es das Ziel sein, durch Strahlenbelastung hervorgerufene gesundheitliche Gefahren in Wohngebieten zu vermeiden. Wir stehen hinter diesen Zielen und würden gerne als Betroffene mit dem DUH gemeinsam den notwendigen Schutz der Anlieger einfordern.

Wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam in dieser Angelegenheit Zeichen für eine gesunde Umwelt setzen könnten und hoffen auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Benachteiligung von Menschen und Umwelt in den betroffenen Bereichen.

Wir bitten Sie uns einen entsprechenden Ansprechpartner zu nennen, mit dem wir gemeinsam die nächsten Schritte beschließen können.

Mit freundlichen Grüßen



Im Namen der Bürgerinitiative

Rainer Wegner

Tel. 0171 2013 776